

Neue Zürcher Zeitung

SCHWEIZER AUSGABE

Dienstag, 28. Juli 2009 · Nr. 172

Der Zürcher Zeitung 230. Jahrgang

Fr. 3.00 · € 2.60 · NZZ Online: www.nzz.ch

Europäische Sozialcharta wieder auf dem Tisch

Neuer Anlauf zur Ratifizierung

sig. Am 18. November übernimmt die Schweiz das Präsidium des Europarats. Eine Koalition von mehrheitlich linken Organisationen und Verbänden will, dass bei dieser Gelegenheit ein neuer Anlauf zur Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta unternommen wird. Diese war vom Bundesrat 1976 unterzeichnet worden. Das Parlament lehnte es 1996 und 2004 aber ab, das Abkommen zu ratifizieren. Die Befürworter argumentieren, dass die Schweiz gar nicht alle Bestimmungen der Charta übernehmen müsse und der Anpassungsbedarf gering sei. Auf bürgerlicher Seite findet das Anliegen wenig Unterstützung. Im heute relativ unberechenbaren Parlament wäre jedoch auch eine Zufallsmehrheit denkbar. Die Kampagne der Befürworter fokussiert daher auf die Linksliberalen. Die rot-grünen Parteien üben sich derweil in taktischer Zurückhaltung.

Schweiz Seite 13

Lissabons Afro-Quartier

iro. Das Quartier Cova da Moura an der Peripherie der portugiesischen Metropole Lissabon hat einen schlechten Ruf, und nur wenige Einheimische trauen sich in das verrufene Afro-Viertel. Es wird auch als «elfte» der seit 1975 unabhängigen Kapverdischen Inseln bezeichnet, einer früheren portugiesischen Kolonie mit zehn Inseln und rund einer halben Million Einwohner vor der Küste Westafrikas. Trotz dem Stigma, das auf der unbeliebten Gegend lastet, versucht aber eine Bürgerinitiative beharrlich, dort die Lebensbedingungen zu verbessern, und erntet dafür viel Anerkennung.

International Seite 5

In unsicherem Gewässer



VALERIANO DI DOMENICO / EQ IMAGES

Das altehrwürdige Tennisturnier Suisse Open in Gstaad kämpft trotz neuem Datum mit alten Problemen. Es muss im internationalen Turnierkalender erst noch seine Rolle finden.

Sport Seite 44

Anzeige



Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung
Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon 044 258 11 11
Leserservice/Abonnements: 044 258 15 30
Weitere Angaben im Impressum Seite 7.

Die EU will den USA den Zugang zu Swift offenhalten

Verwendung der Bankdaten im Kampf gegen den Terrorismus

Die EU-Staaten wollen den USA zur Bekämpfung des Terrorismus auch künftig die Überwachung europäischer Bankdaten ermöglichen. Weil diese Swift-Daten neu nur noch in Europa vorhanden sein werden, soll hierzu ein Abkommen mit den USA ausgehandelt werden.

Ht. Brüssel, 27. Juli

Ungeachtet der vor allem in Deutschland ertönten Kritik haben die Aussenminister der EU-Staaten die EU-Rats-Präsidentschaft am Montag zu Verhandlungen mit den USA über die Bereitstellung von Daten über Finanztransaktionen für das amerikanische Finanzministerium ermächtigt. Das geplante Abkommen soll sicherstellen, dass die Vereinigten Staaten diese europäischen Swift-Daten im Kampf gegen den Terrorismus weiter nutzen können, obwohl sie nur noch in Europa vorhanden sein werden. Zugleich soll das Abkommen Regeln zum Datenschutz und weitere Bedingungen festlegen. – Die Society for World-

wide Interbank Financial Telecommunication (Swift) ist eine von den Banken getragene Genossenschaft mit Sitz in Belgien, über die zum Beispiel im Zahlungsverkehr weltweit Informationen zwischen Banken ausgetauscht werden. Bereits seit 2001 haben die amerikanischen Behörden im Rahmen ihres Terrorist Finance Tracking Programme (TFTP) Zugang zu diesen Daten.

Bis anhin erfolgt der Zugriff über einen Swift-Server in den USA. Swift verwendet zur temporären Speicherung der Daten stets zwei Rechenzentren, die derzeit in den Niederlanden und in den USA stehen. Bis Ende Jahr wird nun ein weiteres Zentrum in der Schweiz errichtet, und danach sollen die zwischen europäischen Banken ausgetauschten Daten nur noch in den beiden europäischen Zentren vorhanden sein. Swift begründete dies unter anderem mit Bedenken wegen des Datenschutzes. Der Beschluss der EU zeigt aber, dass dies nicht heisst, dass die USA gar keinen Zugang zu den europäischen Daten mehr haben sollen. Vielmehr halten die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission deren Zurverfü-

gungstellung für sinnvoll. Laut dem zuständigen EU-Kommissar Jacques Barrot wäre die Einstellung der Datenüberwachung durch die USA «extrem gefährlich», da sich diese als wirksames Instrument im Kampf gegen die Finanzierung des Terrorismus erwiesen habe. Deshalb ist die EU bereit, den Vereinigten Staaten den Zugang auf Anfrage künftig über das niederländische Swift-Zentrum zu ermöglichen. Immerhin hat sie damit mehr Einfluss auf die Nutzungsbedingungen.

Zusätzlich kompliziert wird die Sache durch eine EU-Besonderheit: Laut derzeitigem Recht der Union ist das geplante Abkommen ausschliesslich Sache der Mitgliedstaaten, die es einstimmig gutheissen müssen. Wäre aber der Lissabon-Vertrag in Kraft, müsste auch das EU-Parlament zustimmen. Deshalb soll jetzt nur ein Interimsabkommen mit begrenzter Laufzeit – die Rede ist von maximal einem Jahr – ausgehandelt werden. Sollte in der Zwischenzeit der Lissabon-Vertrag in Kraft treten, würde die definitive Vereinbarung dann nach den neuen Regeln beschlossen.

Fortsetzung Seite 2

Nordnigeria von heftigen Unruhen erschüttert

Die extremistische «Taliban»-Sekte greift in vier Städten Polizeiposten an

Im Norden Nigerias haben sich die Unruhen vom Wochenende ausgeweitet. In mehreren Städten griffen Mitglieder einer islamistischen Sekte Polizeiposten an. Es gab über 100 Todesopfer.

mhf. Die blutigen Unruhen in Bauchi im Nordosten Nigerias haben am Montag auf drei weitere Städte übergegriffen. Am heftigsten scheinen die Auseinandersetzungen in Maiduguri gewesen zu sein, der Hauptstadt des Gliedstaats Borno an der Grenze zu Tschad. Dort zählte ein Reporter von Radio BBC beim örtlichen Polizeiposten rund 100 Leichen. Bei den Opfern soll es sich mehrheitlich um Mitglieder der sogenannten «Taliban» handeln, einer extremistischen Sekte. Die Gruppe lehnt jede rationale Schulerziehung als «westlich» ab, ebenso den nigerianischen Zentralstaat. Laut eigenen Aussagen trachtet sie danach, im muslimisch geprägten Norden des Landes eine «reine» Variante der Scharia durchzusetzen.

Versuchter Waffenraub

Auch in Potiskum im Staat Yobe und in einem Vorort von Kano weiter westlich kam es zu Kämpfen zwischen Anhängern der Sekte und den Ordnungskräften. Laut dem Generalinspektor der nigerianischen Polizei, Onovo, forderten die zweitägigen Unruhen insgesamt 55 Tote, unter ihnen 5 Polizisten. Die offiziellen Angaben scheinen

allerdings stark untertrieben. In Bauchi, der Hauptstadt des gleichnamigen Gliedstaats, wo der Konflikt begonnen hatte, waren laut Augenzeugenberichten bereits am Sonntag über 40 Todesopfer zu beklagen gewesen. Am Montag war es dann in Bauchi offenbar wieder ruhig.

Über den Hergang der Ereignisse werden widersprüchliche Angaben gemacht. Ein Polizeisprecher in Bauchi sagte der französischen Nachrichtenagentur AFP, «Taliban» hätten den Polizeiposten einer Vorstadt angegriffen und versucht, Gewehre und Munition aus dem Waffenschrank zu entwenden. Eine zur Verstärkung herbeigeeilte Polizeieinheit habe die Eindringlinge daraufhin überwältigt. Laut einem Anführer der «Taliban», der in der nigerianischen Zeitung «Daily Trust» zitiert wird, wollte sich die Gruppe mit dem tollkühnen Angriff an der Polizei rächen, weil diese zuvor Razzien bei Sektenangehörigen durchgeführt hatte.

Politische Beobachter hielten die nordnigerianischen «Taliban» bisher für eine Randerscheinung. Laut Richard Moncrieff von der auf Krisenanalysen spezialisierten privaten Organisation International Crisis Group verweist der Name nicht auf eine organisatorische Anlehnung an die afghanischen Taliban, doch würden diese als Idole verehrt. Die Sekte nennt sich auch «Boko Haram», was in der Hausa-Sprache so viel heisst wie «westliche Erziehung verboten». Moncrieff schätzt die Zahl ihrer Mitglieder auf einige hun-



dert. Die koordinierten Angriffe auf Polizeiposten in verschiedenen Städten seien möglicherweise ein Hinweis darauf, dass die Gruppe Zuwachs erhalten habe, sagte Moncrieff.

Explosive ethnische Mischung

Im Zentrum und im Norden Nigerias kommt es immer wieder zu Unruhen mit einem konfessionellen Anstrich. In Jos im Gliedstaat Plateau wurden im November bei Konflikten zwischen Christen und Muslimen 700 Personen getötet.

Fortsetzung Seite 2

Tamiflu auf Rezept für Risikopersonen

Medikament begrenzt kassenpflichtig

rom. Das Grippemittel Tamiflu ist offiziell nur für über einjährige Kinder zugelassen. Dennoch kann es gemäss einer Empfehlung des Heilmittelinstituts Swissmedic unter ärztlicher Aufsicht an Babys abgegeben werden. Das Gleiche gilt für Schwangere und Stillende, weil im Einzelfall der Nutzen des Medikaments grösser sein kann als das Risiko. Für klar definierte Indikationen ist das Medikament ab 1. August zudem kassenpflichtig. Das Bundesamt für Gesundheit hat eine Informationskampagne gestartet, um die Bevölkerung zu Hygienemassnahmen zu motivieren. Dadurch sollen die Ansteckungen mit dem neuen Grippevirus eingedämmt werden. Obwohl damit gerechnet wird, dass die Grippeperiode durch Ferienrückkehrer eingeschleust werden wird, verzichten die Behörden auf die Empfehlung, von Reisen ins Ausland abzusehen.

Bericht und Kommentar Schweiz Seite 13

Kritik ehemaliger Diplomaten im Fall UBS

Thomas Borer fordert Sanktionen

Z. B. Thomas Borer, der Leiter der Task-Force Schweiz - Zweiter Weltkrieg von 1996 bis 1999, fordert im Gespräch mit der NZZ, dass die Verantwortlichen im Fall UBS zur Rechenschaft gezogen werden, nicht nur die Bankiers, sondern auch die fehlbaren Politiker. Die Schweiz habe sich gegenüber den Vereinigten Staaten nach der Holocaust-Kontroverse erneut in eine sehr schwierige Situation manövriert. Ein Worst-Case-Szenario wurde vom Bundesrat nicht vorbereitet, und die Public Relations in den USA wurden vernachlässigt. Neben Borer haben sich in diesen Tagen eine ganze Reihe von ehemaligen Schweizer Spitzendiplomaten kritisch zu Wort gemeldet. Sie bemängeln eine uneinheitliche Kommunikation des Bundesrats und die fehlende Medienpräsenz der Schweiz in den USA. Vorwarnungen vor der Eskalation des Steuerstreits hätten nicht gefehlt.

Schweiz Seite 15

Operativer Rückschlag der Julius-Bär-Gruppe

Erträge stärker gesunken als die Kosten

ti. Die Julius-Bär-Gruppe hat im ersten Halbjahr im Vergleich mit derselben Vorjahresperiode nahezu eine Halbierung des operativen Ergebnisses hinnehmen müssen. Ins Gewicht fielen vor allem rückläufige Erträge auf krisenbedingt geschmolzenen Kundenvermögen und die Präferenz der Kunden für liquide Anlagen. Unter dem Strich verblieb ein um 37 Prozent tieferer Reingewinn von 323,5 Millionen Franken. Dem schwierigen Umfeld zum Trotz flossen der Gruppe netto Neugelder in Höhe von 3,4 Milliarden Franken zu. Kostendisziplin, eine ungebrochene Anziehungskraft für anlagensuchende Gelder und eine robuste Kapitaldecke deuten darauf hin, dass die Bank gut gerüstet die weitere Marktentwicklung abwarten kann. Am 24. September will das Institut weitere Informationen zu seiner künftigen strategischen Ausrichtung geben.

Wirtschaft Seite 17

INHALT	44 Seiten	TV-/Radioprogramm	9	Wirtschaft	17	Feuilleton	35	Sportresultate	43	Fahrzeuge	38
Briefe an die NZZ	7	Vermischtes	11	Fokus der Wirtschaft	21	Zürich und Region	39	ANZEIGEN		Kino	38
		Wetter	12	Reflexe	22	Zürcher Kultur	41	Anlagefonds	4, 6, 31-34	Veranstaltungen	38
		Schweiz	13	Börsen und Märkte	23	Sport	43	Finanzmarkt	18	Traueranzeigen	

